

Wohngebäudeversicherung wird teurer

Die Versicherung von Wohngebäuden war für die Anbieter in den letzten Jahren ein defizitäres Geschäft. Verantwortlich sind zum einen schadensträchtige Stürme. So kostete allein „Friederike“, die im Januar 2018 übers Land fegte, die Versicherer über eine Milliarde Euro. Insgesamt war die Sturmsaison 2017/2018 eine der vier kostspieligsten der vergangenen zwei Jahrzehnte. Doch Sturm und Hagel waren lediglich für rund ein Viertel der (versicherten) Wohngebäudeschäden der Jahre 2002 bis 2017 verantwortlich. Es sind nämlich zum anderen insbesondere Leitungswasserschäden, die sich läppern und die für rund die Hälfte des Wohngebäude-Schadensaufwands sorgen. Der lag 2018 bei über 5,2 Milliarden Euro und überstieg damit – wie schon mit einer Ausnahme in den Vorjahren – die Beitragseinnahmen deutlich.

Die Prämien müssen folglich angehoben werden, was auch schon seit einiger Zeit geschieht. Parallel dazu beschneiden manche Versicherer bei Neuverträgen den Schutzzumfang – weshalb ein sorgfältiger Tarifvergleich vor einem Abschluss sinnvoll ist. Zudem setzen immer mehr Anbieter auf Schadensprävention durch Smarthome-Lösungen: Die Kunden können sich Wassersensoren einbauen lassen, die bei Kontakt mit Wasser automatisch die Zufuhr kappen. Im Gegenzug winken Prämiennachlässe bei der Wohngebäudepolice.

Die größten Börsen-Rohrkrepiere 2018

Das Börsenjahr 2018 war für die Anleger bekanntermaßen kein erfreuliches. Der DAX schmierte um rund 18 Prozent ab, ebenso der MDAX. Der SDAX verlor sogar 20 Prozent, während der TecDAX mit minus 5 Prozent unter den wichtigen deutschen Indizes noch „Performancesieger“ war.

Dass es Aktieninvestoren aber auch noch schlimmer treffen kann, zeigt einmal mehr die berüchtigte Liste der größten Börsenflops des vergangenen Jahres, welche die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz kürzlich vorgestellt hat. Negativspitzenreiter ist das in Berlin ansässige Biotech-Unternehmen Mologen, das 2018 über 85 Prozent seines Wertes eingebüßt hat. Auf Fünfjahressicht rauschte die Aktie um knapp 97 Prozent nach unten. Ebenfalls ein Desaster für Anleger ist die Aktie des Möbelkonzerns Steinhoff, die im letzten Jahr zwar „nur“ um 69, auf Dreijahressicht aber um fast 98 Prozent absackte.

Mit Gerry Weber und Tom Tailor finden sich auch prominente Namen auf der Geldvernichterliste. Die Textilunternehmen verloren im letzten Jahr 76 bzw. 80 Prozent ihres Wertes, auf Fünfjahressicht waren es 92 bzw. 87 Prozent. Die „Flop 5“ werden komplettiert vom Maschinenbauer Singulus Technologies: Nach einem Minus von knapp 39 Prozent 2018 steht auf Fünfjahressicht ein Verlust von über 97 Prozent unterm Strich.

Mehr Transparenz in Standmitteilungen der Lebensversicherer

Seit Jahren monieren Verbraucherschützer, dass die jährlichen Infoschreiben der Lebensversicherer an ihre Kunden zu unverständlich und oft auch unvollständig seien. Damit würden sie ihr Ziel verfehlen, die Verbraucher über den Wert und die Perspektive ihrer Police umfassend aufzuklären. Seit Juli 2018 gelten nun strengere gesetzliche Vorgaben.

Inwieweit diese sich schon bemerkbar machen, wurde kürzlich in zwei Studien untersucht. Ergebnis: Die Transparenz der Infoschreiben hat sich erhöht – allerdings bleibt auch noch viel Luft nach oben.

Laut einer Analyse der Standmitteilungen von 74 Versicherern erfüllen 60 die gesetzlichen Mindestvorgaben, darüber hinaus gehen 21 Anbieter.

Am besten informieren demzufolge Concordia oeco, Alte Leipziger, Hannoversche Leben, Axa, Mecklenburgische, Neue Leben und Victoria Leben ihre Kunden. Den größten Nachholbedarf haben Frankfurt Münchener LV, Dialog, Saarland LV und WWK. Im anderen Transparenz-Ranking stehen Sparkassenversicherung, Provinzial NordWest, Mecklenburgische, Cosmos und Volkswohl Bund ganz oben, während mit Allianz und Huk-Coburg zwei Branchenriesen am schlechtesten abschneiden.

Sicherheit wird wieder größer geschrieben

Als risikofreudig sind deutsche Anleger ohnehin nicht bekannt, wie die im internationalen Vergleich niedrige Aktienquote belegt. Die zunehmenden Unwägbarkeiten hinsichtlich Konjunktur und Welt(handels)politik haben das Sicherheitsbedürfnis indes zuletzt noch einmal deutlich verstärkt. Die von forsa erhobene „Anlegerstudie 2019“ zeigt, dass sichere Anlageformen wie Sparbuch und Bausparvertrag deutlich an Beliebtheit gewonnen haben.

So landet das Sparbuch mit 48 Prozent bei der Frage „Wo legen Sie aktuell Ihr Geld an?“ auf Rang eins – im Vorjahr waren es nur 39 Prozent. Dahinter folgen Immobilien mit 36 Prozent (Vorjahr: 26) und Bausparverträge, auf die etwa jeder dritte Befragte setzt (Vorjahr: 28 Prozent). Insgesamt liegt „Sicherheit“ an der Spitze der Entscheidungskriterien, 57 Prozent räumen ihr Top-Priorität ein, nachdem es 2018 noch 52 Prozent waren.

Zugleich lässt sich aber ein Trend zur Streuung des Kapitals erkennen, denn auch renditestarke Investments werden stärker als im Vorjahr in Anspruch genommen. So stiegen Fonds von 20 auf 26 und Aktien immerhin von 18 auf 19 Prozent.

Kfz-Versicherer müssen selbst verschuldete Anwaltskosten tragen

Wenn ein Versicherungskunde anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen muss, um seine Ansprüche durchzusetzen, muss der Versicherer die anfallenden Gebühren tragen – auch wenn es sich um bescheidene Beträge handelt. Das bekräftigte das Amtsgericht Stuttgart kürzlich, indem es der Klage eines Kfz-Teilkaskokunden stattgab (Aktenzeichen 47 C 3458/18).

Der Versicherer hatte sich zunächst geweigert, die vollen Kosten einer Windschutzscheiben-Reparatur zu erstatten. Stattdessen wollte er sich nur mit einem Pauschalbetrag beteiligen. Erst mit anwaltlicher Unterstützung gelang es, die Forderung des Kunden durchzusetzen. Die Anwaltsgebühren von 70 Euro wollte der Versicherer jedoch nicht übernehmen, woraufhin der Fall vor Gericht ging.

Die Stuttgarter Richter urteilten: Die Hinzuziehung eines Anwalts war gerechtfertigt, um die Kundenansprüche zu wahren – der Versicherer muss in einem solchen Fall die Anwaltskosten ebenfalls übernehmen. Entscheidend sei die Sicht einer „wirtschaftlich vernünftig denkenden Person“.

Warum Frauen im Alter durchschnittlich ärmer sind als Männer

Frauen stehen vor einem beträchtlichen Altersarmutsrisiko. Ihre Rente fällt im Schnitt nur etwa halb so hoch aus wie die von Männern. Die Gründe dafür sind vielfältig: Da sie weit überwiegend die

Kindererziehung, den Haushalt und die Pflege von Angehörigen übernehmen, arbeiten sie häufiger in Teilzeit oder gar nicht. Hinzu kommt der berüchtigte „Gender Pay Gap“, also die geringere Bezahlung von Frauen für gleichartige Tätigkeiten. Außerdem klettert man/frau die Karriereleiter nicht so schnell empor, wenn ein Vollzeitjob nicht oder nur zeitweise möglich ist. Dadurch spreizt sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ebenso weiter wie durch die Geschlechtertendenzen bei der Berufswahl: Frauen ergreifen häufiger Berufe im sozialen Bereich, wo das Lohnniveau im Allgemeinen geringer ist als beispielsweise in technischen Berufsfeldern.

Da sich all diese Faktoren negativ auf die Rentenhöhe auswirken, läge es eigentlich nahe, der privaten Altersvorsorge besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wie Umfragen zeigen, befassen sich Frauen aber deutlich weniger mit dem Thema als Männer. Im Schnitt beginnen sie erst zehn Jahre später mit der Vorsorge. Dabei sollte der Einstieg ins Sparen für den Ruhestand gerade bei begrenztem Vorsorgebudget früh erfolgen, um vom Zinseszinsseffekt zu profitieren.

Stabübergabe beim Versicherungsombudsmann e. V.

Der Versicherungsombudsmann e. V. dient der außergerichtlichen Streitbeilegung zwischen Versicherern und ihren Kunden. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, findet hier kostenlose, unbürokratische und neutrale Hilfe. So kann in vielen Fällen eine Einigung erzielt werden, ohne dass Gerichte bemüht (und bezahlt) werden müssen.

Seit 2008 hatte Prof. Dr. Günter Hirsch, Ex-Präsident des Bundesgerichtshofs, die Schlichtungsstelle geleitet, nun gab er den Stab an seinen Nachfolger weiter: Zum 1. April hat der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Dr. Wilhelm Schluckebier das Amt übernommen. Rund 270.000 Beschwerden wurden in den elf Jahren unter Hirschs Leitung bearbeitet. Der Rechtsexperte zieht die Bilanz, dass es „selten um einen harten Streit um Recht geht, sondern um einen Mangel an Transparenz und Klarheit“.

Die Zahl der zulässigen Beschwerden seitens Versicherungskunden sank im letzten Jahr um rund 5 Prozent auf knapp über 14.000. Zum Vergleich: In Deutschland laufen, Stand 2017, rund 435 Millionen Versicherungspolicen. Damit liegt die Beschwerdequote bei circa 0,003 Prozent.

30 Prozent Plus in einem Jahr? Mit Hochprozentigem ist das möglich

Auf der Suche nach renditestarken Sachwerten rücken auch Nischenmärkte immer mehr in den Fokus der Anleger. Ein Beispiel ist Whisky: Der Rare Whisky Apex 1.000 Index, der die Preisentwicklung der gefragtesten Produkte abbildet, verzeichnete 2018 ein Plus von über 30 Prozent. In den vergangenen acht Jahren hat sich der Wert gar verfünffacht. Entsprechend oft ist wieder der Kalauer zu hören: „Ich bringe mein Geld an die Bar, da gibt's die meisten Prozente.“

Ähnlich begehrt sind Oldtimer als Anlageobjekte, auch wenn angesichts des hohen Preisniveaus keine exorbitanten Wertsteigerungen wie beim Whisky verzeichnet werden. Der Oldtimer-Index des Verbands der Automobilindustrie stieg seit 2008 aber immerhin um über 50 Prozent.

Sollte man also in diese Wachstumsmärkte einsteigen? Experten raten zur Vorsicht, denn eine Garantie für eine stetige Wertsteigerung erhält man auch bei sorgfältiger Auswahl nicht. Zudem müssen Nebenkosten für Lagerung, gegebenenfalls Wartung, Steuern und Versicherungen einkalkuliert werden, die durchaus einen nennenswerten Teil der Rendite verzehren können.